

## Hintergrund: Belarus

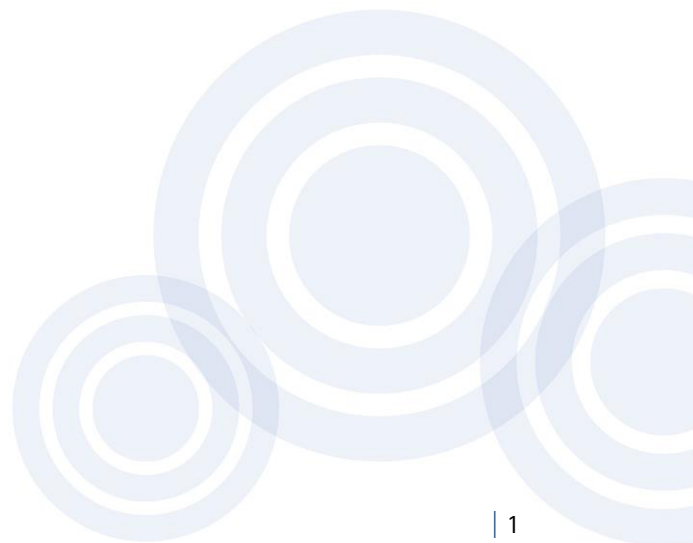
Nr. 64 / 09. Oktober 2015



# Präsidentschaftswahl in Belarus: Angst vor ukrainischen Zuständen

Miriam Kosmehl & Volodymyr Oliinyk

Dass sich die Unruhen der Präsidentschaftswahl 2010 wiederholen würden, ist für die bevorstehende Wahl nicht zu erwarten. Damals ließ Amtsinhaber Lukaschenko über tausend Bürger verhaften, die gegen Wahlfälschungen demonstrierten, darunter alle Oppositionskandidaten. Jetzt fürchten die Belarussen mit Blick auf die Ukraine vor allem eines: Massenproteste und ihre Folgen.



Im September waren in der belarussischen Hauptstadt Minsk wenig Anzeichen für die nach Ablauf von fünf Jahren wieder anstehende Präsidentschaftswahl zu sehen. Anstatt großer Plakatflächen mit Kandidaten erinnern nur bescheidene Aushänge im sowjetischen Stil an das Wahldatum 11. Oktober. Wie vor Wahlterminen üblich herrscht Tauwetter in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU. Dem langjährigen Amtsinhaber Lukaschenko liegt an guten Beziehungen zur EU, um den russischen Einfluss einzudämmen, den er selbst verstärkt hat – verstärken musste, um sein autoritär regiertes Land vor dem wirtschaftlichen Kollaps zu retten.<sup>1</sup>

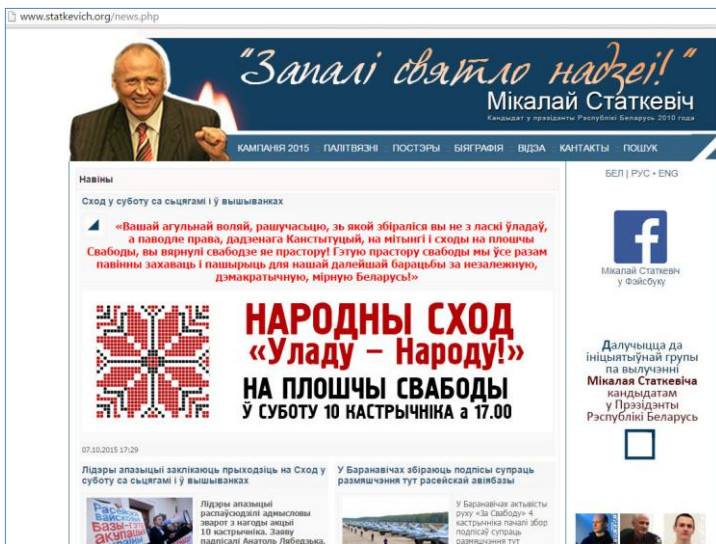


Foto: Lukaschenkos härtester Gegner Statkewitsch ruft zu einer Volksversammlung für ein unabhängiges und demokratisches Belarus auf ([www.statkevich.org/news.php?readmore=3115](http://www.statkevich.org/news.php?readmore=3115))

Seit dem 22. August sind alle nach 2010 verhafteten Gefangenen wieder frei. Auch Lukaschenkos härtester Gegner Nikolai Statkewitsch<sup>2</sup> wurde nach fast fünf Jahren Haft begnadigt. Rehabilitiert ist er nicht. Als Vorbestrafter darf er nicht kandidieren. Ohnehin kam er erst nach dem Stichtag 21. August frei, bis zu dem registrierte Kandidaten für ihre Wahlteilnahme mindestens je 100.000 Unterschriften vorlegen mussten. Aber Statkewitsch ruft zu Volksversammlungen für ein unabhängiges, demokratisches und friedliches Belarus auf – und bezeichnet die Präsidentschaftswahl als „bereits gefälscht“. Entscheidend wird sein, wie darauf die Bürger und der Machtapparat reagieren.

## Die Opposition

Die alte Garde der Oppositionellen, zu Beginn von Lukaschenkos langer Herrschaft noch einigermaßen geeint, ist gespalten und schwächer denn je. Das gilt für die Vertreter der beiden ältesten Oppositionsparteien Anatolij Lebedjko (Vereinigte Bürgerpartei) und den aus dem tschechischen Exil zurückgekehrten parteilosen Ales Michalewitsch, der 2010 als Leiter der sog. „Union für Modernisierung“ als einziger Oppositionskandidat auch Vertreter lokaler Verwaltungen, staatstreue Gewerkschaften und das Militär angesprochen hatte, also das typische Lukaschenko-Klientel. Es gilt ebenso für Senon Posniak, den Parteivorsitzenden der Konservativ-Christlichen Partei oder für die Vertreter der unter der Herrschaft Lukaschenkos nie registrierten oppositionellen Parteien „Für die Freiheit“ und „Sag die Wahrheit“. Und es gilt für den Einheitskandidaten von 2006 Aleksandr Milinkewitsch und für Wladimir Nekljajew, 2010 neben Andrey Sannikow von „Europäisches Belarus“ noch aussichtsreichster Kandidat. Von ihnen allen entschied nur Anatolij Lebedjko an der Wahlkampagne teilzunehmen – doch er konnte nicht die erforderlichen 100.000 Unterschriften einsammeln.

Belarussische Beobachter beschreiben die Opposition als frustriert und demoralisiert. Ihr Kampfgeist sei auf dem Null-Punkt, ihre öffentliche Wirkung kläglich. Niemand sei bereit, zu Protesten aufzuzufahren, wenige Bürger wären willens, solchen Aufrufen zu folgen. Das scheint sich mit Statkewitsch gerade zu ändern.

<sup>1</sup> S. FNF-Hintergrund v. 27.7.15 zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Weißrusslands von Moskau unter <http://www.en.freiheit.org/Hintergrundpapiere/414c32433i1p271/index.html>.

<sup>2</sup> Der Text weist durchgängig die russische Schreibweise der belarussischen Namen auf, etwa Nikolai statt Mikalaj.

Der ehemalige Offizier Statkewitsch, Vertreter einer von mindestens drei sozialdemokratischen Oppositionsparteien in Belarus, hat als einziger Oppositioneller noch Autorität bei vielen Bürgern. Er schloss nie Kompromisse, unterzeichnete etwa kein Gnadengesuch, obwohl seine Haft deutlich härter war als die anderer politischer Gefangener. Lukaschenko drang wiederholt darauf, dass Statkewitsch um Begnadigung bitte, und setzte dessen Frau massiv unter Druck, um endlich von der EU-Forderung erlöst zu werden, den „letzten politischen Gefangenen“ freizulassen. Schließlich blieb ihm nichts anderes übrig als einseitig zu begnadigen, mit der Begründung „vom Prinzip der Humanität“.

Noch im Rennen für die Wahl sind nur Pseudo-Alternativkandidaten, wohlwollend vom Staatsapparat begleitet: die für „Sag die Wahrheit“ ins Spiel gebrachte erste weibliche Präsidentschaftskandidatin Tatjana Korotkewitsch, Sergej Hajdukewitsch von der Liberaldemokratischen Partei und Nikolai Ulachowitsch, Hauptataman<sup>3</sup> des belarussischen Kosakentums von der Belarussischen Patriotischen Partei.

So ist Lukaschenkos Herausforderung nicht, ob er wieder gewählt wird, sondern mit wie viel Prozent der Stimmen. Niemand bezweifelt, dass der Amtsinhaber auch ohne Manipulation gewinnen würde. Beobachter schätzen, die Unterstützung für ihn und seine dann fünfte Amtszeit in Folge liege bei 40 bis 60 Prozent. Aber jedes Ergebnis unter 70 Prozent – das Wahlergebnis von 2010 – bedeutet aus Sicht des autoritären Herrschers einen Prestige- und Machtverlust.

### Herausforderung Wahlbeteiligung

Mehr als die Hälfte aller registrierten Wähler müssen ihre Stimme abgeben, damit die Wahlen gültig sind. Der Präsident gilt als gewählt, wenn über die Hälfte der Wähler für ihn stimmt.

Bei der Präsidentschaftswahl 2010 lag die Wahlbeteiligung offiziell bei 90,65 Prozent. Dem unabhängigen Institut für sozial-ökonomische und politische Forschungen zufolge (NISEPI oder ISEPS abgekürzt) sollen jetzt 72,5% der Wahlberechtigten bereit sein, an der Wahl teilzunehmen.<sup>4</sup> Offiziellen soziologischen Diensten zufolge wollen angeblich 86% der Belarussen an der Wahl teilnehmen. Erfahrungsgemäß liegt die offizielle Wahlbeteiligung nahe dieser Zahl.

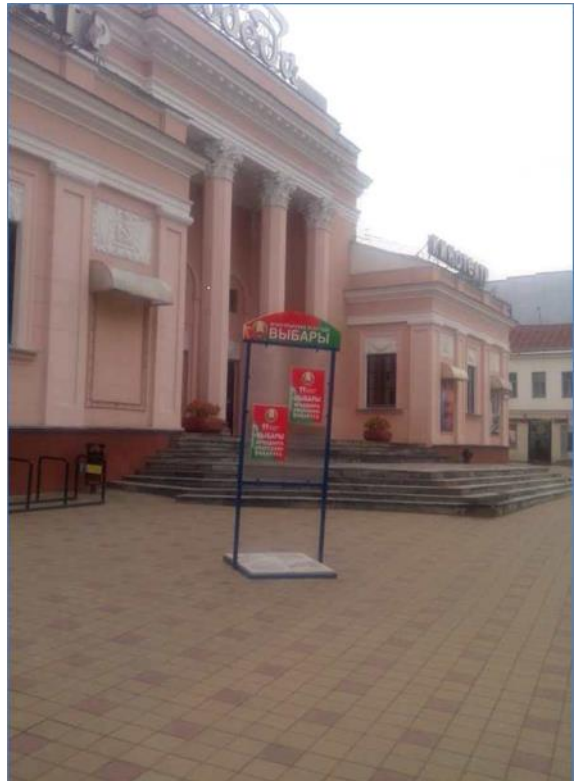


Foto: Präsidentschaftswahlkampf in Belarus: Wahlplakat

<sup>3</sup> Ataman war der höchste Rang bei den russischen Kosaken.

<sup>4</sup> S. <http://old.iiseps.org/data.html>, 36,2% „ja, natürlich“ und 36,3% „eher ja“. Das Institut arbeitet seit 2005 aus dem litauischen Vilnius.



Die Infographik des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften zeigt, dass 86,2% der Belarussen an der Wahl teilnehmen wollen.

Die in Weißrussland übliche Methode, die Wahlbeteiligung höher anzuzeigen, als sie es tatsächlich ist, sind vorzeitige Abstimmungen, die etwa für Studenten oder Beamte organisiert werden. Fünf Tage vor dem regulären Wahlsonntag dürfen Belarussen bereits ihre Stimme abgeben. Von Behörden abhängige Bürger werden mit entsprechenden Drohungen „motiviert“ (etwa Verlust des Wohnheimplatzes), und ihre Beteiligung wird akribisch kontrolliert. Zudem gibt dieses Prozedere mehr Spielraum, um bei Bedarf Stimmzettel zu manipulieren. In der Ukraine ist das vorzeitige Abstimmen wegen hoher Intransparenz abgeschafft.

Der Hintergrund: Am 30. Dezember 2014 verlängerte die EU ihre Sanktionen gegen Weißrussland bis zum 31. Dezember 2015. Zwar wurden aus der Liste 24 Personen und 7 Firmen gestrichen. Vollständig, oder auch nur weitgehend, werden die Sanktionen aber erst gestrichen, wenn die EU eine demokratische Wahl feststellen kann.

„Faire und freie Wahl“ – OSZE-Gütesiegel gegen Sanktionen

Noch gelten EU-Sanktionen gegen 201 Bürger von Belarus, darunter gegen Lukaschenko und seine Söhne Viktor und Dmitri, Justizminister Oleg Slizhewski, KGB-Chef Waleri Wakultschik, die Leiterin der Zentralen Wahlkommission Lydia Jermoschina und weitere Führungsmitglieder. Zudem besteht ein Embargo auf Waffenlieferungen und Ausstattung, die für innere Repressionen genutzt werden kann, Aktivvermögen sind eingefroren und die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen dürfen nicht in die EU reisen.

So heißt Minsk zur Wahl OSZE-Beobachter willkommen. Dabei sind alle Alternativ-Kandidaten im eigenen Land so unbekannt, dass sie die perfekte Kulisse von Scheinpluralismus bieten. Beobachter erzählen, dieses Mal wollten sogar Gegner Lukaschenkos für ihn stimmen – mangels Alternativen.

## Belarussische Medien schwach

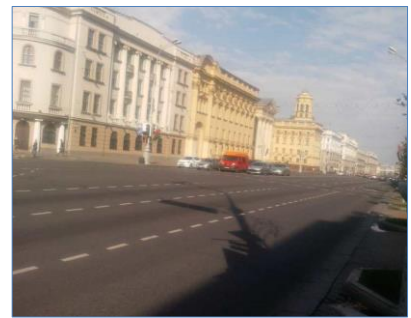
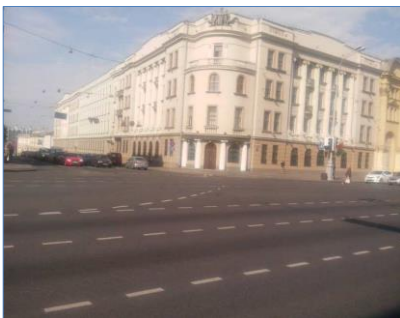
Von Medienpluralismus oder Pressefreiheit ist in Belarus nach wie vor keine Rede. Allerdings unterscheidet sich die Lage von der in Russland. Zum einen gibt es kaum Oligarchenmedien, also Medien,

die von sehr reichen Geschäftsleuten gezielt zur Einflussnahme auf die Politik genutzt werden. Außerdem werden in Belarus landesweit auch etwa 20-30 nicht gleichgeschaltete Zeitungen herausgegeben. Die beiden wichtigsten unabhängigen Zeitungen sind „Narodnaja wolja“ (Volkswille und zugleich Volksfreiheit) und „Nascha niwa“ (Unser Acker/Feld). Beide Zeitungen wurden 2009, mit der ersten Welle der versuchten Annäherung Minsks an den Westen, demonstrativ wieder in die staatlichen Abonnementnetze und den Straßenverkauf aufgenommen. Versuche, sie 2011 nach der Präsidentschaftswahl zu schließen, gab das Informationsministerium unter internationalen Druck auf. Momentan konzentriert sich „Nascha niwa“ auf den eigenen Webauftritt, und „Narodnaja wolja“ erscheint zweimal die Woche als Print-Ausgabe (in der Regel erscheinen unabhängige belarussische Zeitungen nur einmal pro Woche).

Unabhängiger Online-Journalismus und Blogs sind in Bezug auf die Verantwortung der Verfasser/Betreiber traditionellen Medien gleichgestellt, können allerdings nicht behördlich akkreditiert werden. Freie belarussische Journalisten klagen, mangels Akkreditierungsmöglichkeit bestehe keinerlei Schutz für unabhängige Internet-Korrespondenten, etwa gegen eine Verleumdungsklage.

### Der Faktor Russland

Darin, die Unabhängigkeit Weißrusslands gegen Russland aufrechtzuerhalten, ist Präsident Lukaschenko mit den Oppositionellen vereint. Sorge dürfte deshalb auch ihm bereiten, dass die Belarussen das russische Fernsehen viel stärker wahrnehmen als das eigene belarussische, das über die Ereignisse in der Ukraine ausgewogener berichtet. Allerdings geht es dem Amtsinhaber in erster Linie um den Machterhalt. Und für diesen wird er gezwungen sein, weitere Konzessionen zu machen, wenn der Kreml das will: Ohne Kreml-Kredite und die billige Energie des Nachbarn kann das heruntergewirtschaftete Belarus nicht mehr überleben, jedenfalls nicht mit dem gegenwärtigen Regierungsmodell.<sup>5</sup>



Dreier-Foto-Reihe: Der mächtige Staatsapparat konzentriert sich im Zentrum von Minsk.

In unmittelbarer Nähe liegen die Büros von KGB, Innenministerium und Staatsanwaltschaft. Oppositionelle fragen sich, wem gegenüber die weißrussischen Sicherheitsorgane loyal sind – gegenüber Weißrussland oder dem Kreml.

Die Opposition dagegen will die Abhängigkeit von Russland mindern. Sie warnen, die Aktivitäten pro-russischer Organisationen in Belarus hätten deutlich zugenommen. Als Folge der starken russischen Medienpräsenz folgt die Mehrheit der Belarussen zudem eher Moskau als Lukaschenko oder Warnungen der Opposition – und unterstützt Russland. Dort arbeiten zudem viele Belarussen und schicken ihre im Vergleich zu Belarus viel höheren Gehälter nach Hause.

<sup>5</sup> Auch hier s. FNF-Hintergrund v. 27.7.15 zur wirtschaftlichen Abhängigkeit Weißrusslands von Moskau, Fn. 1.

Für Unruhe sorgen jedoch Pläne über einen russischen Luftwaffenstützpunkt auf belarussischem Territorium, gegen den am Sonntag vor der Wahl immerhin etwa 400 Bürger demonstrierten. Das veranlasste Präsident Lukaschenko sich zu distanzieren: „Belarus braucht momentan keine russische Militärbasis“.<sup>6</sup>

## Ausgang offen

Vor allem Nikolai Statkewitsch verkörpert für viele Bürger glaubhaft die Unabhängigkeit ihres Landes. Er hat nicht vor, Weißrussland zu verlassen und mischt sich gleich nach seiner Freilassung auf für Lukaschenko denkbar ungünstige Weise wieder in die Politik ein, indem er zu Volksversammlungen für ein unabhängiges, demokratisches und friedliches Belarus aufruft. Zusammen mit Lebedjko und Neklajew bewertet er die bisherigen Wahlprozesse „wie gefälschte Wahlen“. Die bessere moralische Position für einen weißrussischen Bürger sei es, die „Show komplett zu ignorieren. Wir werden eine gesellschaftliche Kampagne organisieren, um den Belarussen unsere Position zu Gehör zu bringen. Wir werden normale demokratische Wahlen fordern.“<sup>7</sup> Damit bewegt sich Statkewitsch gefährlich nah an einem (illegalen) Aufruf zum Wahlboykott. In Minsk versammelte er bereits mehrere hundert Personen.

Das könnte Lukaschenko stören, die Wahlen anständig-annehmbare durchzuführen und somit seine Beziehungen zu westlichen Partnern so zu normalisieren, dass sie ihm ein Stück Unabhängigkeit von Russland sichern. Die EU sollte in jedem Fall berücksichtigen, dass von besseren Beziehungen zwischen ihr und Weißrussland nicht nur der Präsident und die Staatsstrukturen profitieren dürfen.

**Miriam Kosmehl** ist FNF-Projektleiterin für Belarus und die Ukraine.

**Dr. Volodymyr Oliinyk** ist FNF-Projekt Koordinator für Belarus und die Ukraine.

## Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)  
Fachbereich Internationales  
Referat für Querschnittsaufgaben  
Karl-Marx-Straße 2  
D-14482 Potsdam

---

<sup>6</sup> Reuters-Meldung <http://www.reuters.com/article/2015/10/06/us-russia-belarus-airbase-idUSKCN0S020J20151006>.

<sup>7</sup> Pressekonferenz vom August, s. <http://www.belrynok.by/ru/page/news/937/>.